

Bearbeiter: Mag. Robert Stein
Telefon: 01 53126/2051
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die
Parlamentsdirektion
1017 Wien

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden, samt Vorblatt und Erläuterungen in 25-facher Ausfertigung mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres (www.bmi.gv.at/begutachtungen/) abrufbar.

Nachstehende im Begutachtungsverfahren befasste Stellen wurden um Stellungnahme innerhalb von

drei Wochen nach Zustellung

ersucht:

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
den Verfassungsgerichtshof
den Verwaltungsgerichtshof
die Finanzprokuratur
alle Bundesministerien
das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Heidrun Silhavy
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Christoph Matznetter
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Christa Kranzl
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Christine Marek
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Hans Winkler
den Rat für Forschung u. Technologieentwicklung
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen
die Österreichische Post AG, Unternehmenszentrale
alle Ämter der Landesregierungen
die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
alle Unabhängigen Verwaltungssenate
die Datenschutzkommission
den Datenschutzrat
den Österreichischen Städtebund
den Österreichischen Gemeindebund
die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
alle Rechtsanwaltskammern
die Österreichische Notariatskammer
die Österreichische Patentanwaltskammer
die Österreichische Ärztekammer
die Österreichische Dentistenkammer
die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs
die Österreichische Apothekerkammer
die Bundesingenieurkammer
die Kammer der Wirtschaftstreuhandler
die Bundeskomitee freie Berufe Österreichs
die Vereinigung österreichischer Industrieller
den Österreichischen Gewerkschaftsbund
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
den Verhandlungsausschuß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes
den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
die Österreichische Bischofskonferenz
den Österreichischen Bundestheaterverband
die Österreichische Hochschülerschaft
die Österreichische Rektorenkonferenz
den Verband der Professoren Österreichs
das Österreichische Normungsinstitut

den Österreichischen Bundesjugendring
den Verband Österreichischer Zeitungen
die Bundessportorganisation
den Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs
den Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringclub
den Verein Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
die Vereinigung österreichischer Richter
die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
das Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Wirtschaftsuniversität Wien
den österreichischen Bundesfeuerwehrverband
den österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein
den evangelischen Oberkirchenrat AB und HB Wien
das Diakonische Werk für Österreich
den Verband österreichischer Mittel- und Großbetriebe
Österreichisches Rotes Kreuz, Generalsekretariat
den Zentralverein der Wiener Lehrerschaft
die Arge Daten
Verein für Bewährungshilfe
das Österreichische Institut für Menschenrechte
Geschäftsstelle des Menschenrechtsbeirates
das Rechtskomitee Lambda
den österreichischen Bundesverband für Psychotherapie
den Verein der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern
die Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg
die Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol
das Büro des Bundesseniorenbeirates beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
die Österreichische Caritaszentrale
den Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Regionalbüro in Wien
Österreichischer Seniorenbund Bundesorganisation
Österreichischer Seniorenrat
Volkshilfe Österreich
SOS Mitmensch
Amnesty International
Sicherheitspolitische Angelegenheiten /Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Berufsverband österreichischen Psychologinnen und Psychologen

Es darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

Beilagen

Für den Bundesminister:
VOGL



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
SEKTION III-RECHT

Bearbeiter: Mag. Robert Stein
Telefon: 01 53126/2051
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die/den/das

1. Sektion I
2. Abteilung III/2
3. Abteilung III/3
4. Abteilung III/4
5. Abteilung III/5
6. Abteilung III/6
7. Abteilung III/7
8. Sektion IV
9. Zentralkommission für die Bediensteten des
Öffentlichen Sicherheitswesens beim
Bundesministerium für Inneres
10. Zentralkommission für die Bediensteten der
Sicherheitsverwaltung beim Bundesministerium für Inneres

11. Unabhängigen Bundesasylsenat

12. Bundesasylamt

Per E-Mail

Die Abteilung III/6 übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden samt Vorblatt und Erläuterungen. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres (www.bmi.gv.at/begutachtungen/) abrufbar.

Die Abteilung III/6 ersucht um allfällige Stellungnahme innerhalb von

drei Wochen nach Zustellung

an die E-Mail-Adresse bmi-III-6@bmi.gv.at.

Sollte der Abteilung III/6 bis zu diesem Termin keine Stellungnahme zukommen, wird davon ausgegangen, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu – im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

Beilagen

VOGL



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
SEKTION III-RECHT

Bearbeiter: Mag. Robert Stein
Telefon: 01 53126/2051
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die
Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
im Hause

Die Abteilung III/6 übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden samt Anlagen, Vorblatt und Erläuterungen. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres (www.bmi.gv.at/begutachtungen/) abrufbar.

Die Abteilung III/6 ersucht um allfällige Stellungnahme innerhalb von

drei Wochen nach Zustellung

an die E-Mail-Adresse bmi-III-6@bmi.gv.at.

Sollte der Abteilung III/6 bis zu diesem Termin keine Stellungnahme zukommen, wird davon ausgegangen, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu – im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

Beilagen

VOGL